

Am Beispiel des rapide wachsenden Einflusses von Tech-Firmen wie Google und so weiter lassen sich Mechanismen des politischen Lobbyismus verdeutlichen: Geld schafft Reichweite. Reichweite generiert Netzwerke. Netzwerke bilden Personal aus und definieren Begriffe. Das so geimpfte Personal öffnet institutionelle Türen. Wirksame Regulierung wird so zur Farce und ökonomische und technologische Macht wird in dauerhafte Regeln übersetzt, die einen demokratischen Willensbildungsprozess längst ad absurdum geführt haben. Von **Detlef Koch**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260426\\_Technofeudalismus\\_die\\_Infrastruktur\\_der\\_Macht\\_Wie\\_Lobbys\\_Politik\\_strukturieren\\_Teil\\_4\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260426_Technofeudalismus_die_Infrastruktur_der_Macht_Wie_Lobbys_Politik_strukturieren_Teil_4_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Den ersten Teil der Serie finden Sie [unter diesem Link](#), den zweiten Teil [unter diesem Link](#), den dritten Teil [unter diesem Link](#).

## **Die Infrastruktur des Einflusses**

Politische Strukturmacht entsteht nicht erst, wenn ein Unternehmen ein Gesetz mitschreibt oder ein Politiker einen Gefallen erwidert. Sie entsteht früher: dort, wo Geld, Organisation, Personal und Zugang zu Regulierung dauerhaft verkettet werden. Lobbyismus wird also dann zum Problem, wenn er zur Infrastruktur wird.

Wie wird aus Kapitalanhäufung Politik? Die einfache Antwort – durch Spenden – greift zu kurz. Geld eröffnet zwar Aufmerksamkeit, aber erst Netzwerke machen sie wirkmächtig. Netzwerke sind personalintensive Konstrukte, die ganze Institutionen infiltrieren – jene Institutionen, an denen Regeln formuliert, abgeschwächt, verschärft oder verzögert werden. So entsteht unter dem Radar ein institutioneller Vorsprung der Macht-„Eliten“ und manche überreiche Akteure können früher, häufiger und präziser auf politische Verfahren einwirken als andere und sogar nicht genehme politische Willensbildung korrumpieren.

Technologie verändert diesen Vorgang noch einmal zu Gunsten einiger weniger. Plattformen, Datenanalysen und digitale Kommunikationsräume sind nicht nur Produkte, über die reguliert wird. Sie sind zugleich ein mächtiges Instrument politischer Organisation im „Stealth-Modus“ (Tarnmodus): Sie ordnen Sichtbarkeit, Zielgruppen, Informationsflüsse und Expertise. Kapital und Technologie übersetzen sich so in verborgene Strukturmacht,

wenn sie nicht episodisch auftreten, sondern dauerhafte Verbindungen zwischen Geldgebern, Denkfabriken, Wahlkampfapparaten, Behörden, Parlamenten und Verbänden schaffen.[1]

## Die „elitäre“ Hegemonie am Beispiel USA

Sehr deutlich zeigt sich diese Bewegung etwa in den USA. Dort stehen Wahlkampfspenden, politische Aktionskomitees (PACs), Lobbying und philanthropische Verbindungsstrukturen nicht nebeneinander, sondern bilden eine arbeitsteilige Zugangswirtschaft. Public Citizen beschreibt für Amazon, Apple, Facebook und Google im Wahlzyklus 2020 Ausgaben von 124 Millionen Dollar allein für Lobbying und Wahlkampfbeiträge; hinzu kommen 333 Lobbyisten sowie Zuwendungen von Big-Tech-PACs oder Lobbyisten an 94 Prozent jener Kongressmitglieder, die für Datenschutz und Kartellrecht besonders relevant waren.[2] Das beweist für sich genommen keine unzulässige Einflussnahme. Es zeigt aber, wie Unternehmen ihre Umgebung bearbeiten.

Ein zweiter Befund ergänzt diese direkte Spur. Donor-advised funds, also „gemeinnützige“ Spendenkonten mit beratender Rolle des Gebers und begrenzter Offenlegung, finanzieren nach Flannery und Mittendorf[3] politisch engagierte gemeinnützige Organisationen deutlich häufiger als andere Geldquellen. Die Autoren weisen zudem darauf hin, dass solche Fonds Transparenz über den ursprünglichen Spender reduzieren können.[4] Damit entsteht ein Zwischenraum zwischen Philanthropie und Politik: formell gemeinnützig, tatsächlich aber geeignet, politische Agenda-Arbeit zu stabilisieren.

Aus Geld allein wird jedoch noch kein institutioneller Umbau. Dafür braucht es Ideenproduktion und Kaderbildung. Nancy MacLean rekonstruiert an der amerikanischen Public-Choice-Tradition, wie aus der Abwehr demokratischer Gleichheitsstandards ein langfristiges Projekt wurde, demokratische Mehrheiten über Regeländerungen zu begrenzen. Zentral ist dabei der Wechsel des Schauplatzes: Nicht nur Wahlen, sondern Verfahrensregeln, Gerichtsbarkeit, Fiskalregeln und institutionelle Sperren werden zum Terrain politischer Auseinandersetzung.[5]

Der Bericht des Center for Media and Democracy über das State Policy Network beschreibt dazu die operative Ebene: bundesstaatliche Think Tanks, ALEC-Verbindungen[6], Modellgesetze und koordinierte Argumentationsmuster.[7] Man muss diese Quellen politisch einordnen, um ihre Wirkmächtigkeit erkennen zu können: Kapital finanziert Organisationen, Organisationen produzieren Leitlinien für politisches Handeln und politisches Handeln torpediert das Regelwerk demokratischer Legitimation.

In diese Architektur können religiöse Milieus als Mobilisierungs- und Legitimationsressource eintreten. Das American Legislative Exchange Council (PRRI) misst in den USA stabile christlich-nationalistische Einstellungen, besonders unter weißen evangelikalen und hispanischen Protestanten, und verknüpft sie mit höherer Zustimmung zu autoritären Haltungen und politischer Gewalt.[8] Die Studie zum Seven Mountains Mandate beschreibt ein Netzwerkmodell, in dem religiöse Führung, lokale Praxis und politische Mission über horizontale Vermittler verbreitet werden.[9] Der Texas-Bericht von Common Cause[10] zeigt wiederum, wie religiös profilierte Großspender über PACs, Think Tanks und Medienumfelder politische Prioritäten fördern.[11] Religion erscheint hier nicht als Schlagwort des Kulturkampfes, sondern als Organisationsform: Sie liefert Vertrauen, Sprache, Rekrutierung und moralische Rahmung.

### **Europa als nacheifernder Kopist**

Europa kopiert diese Logik nicht einfach nur, es übersetzt sie in formalere Arenen. In Brüssel ist Einfluss stärker registriert, verrechtlicht und bürokratischer gerahmt. Gerade deshalb wird er hier auch sichtbar. Transparency International EU[12] zählt im EU-Transparenzregister fast 13.000 Organisationen mit deklarierten jährlichen Lobbyaufwendungen von 1,6 bis 2,4 Milliarden Euro. Drei der zehn größten Unternehmensspender in Brüssel sind Tech-Konzerne; Digitalpolitik war unter der Juncker-Kommission das am stärksten belobbyte Politikfeld, und 84 Prozent der hochrangigen Treffen zu Digitalthemen fanden mit Wirtschaftsakteuren statt.[13] Diese Zahlen sind noch kein Korruptionsbefund, sie zeigen zunächst nur eine Asymmetrie der Präsenz.

Zu dieser Präsenz gehört ein Ring aus Verbänden, Beratern und Think Tanks. Amazon, Apple, Facebook, Google und Microsoft melden Mitgliedschaften in zahlreichen Organisationen, die ihre Stimme in Brüssel vervielfachen. Wer Regulierung beeinflussen will, muss nicht nur in Ministerien vorsprechen. Er kann an Begriffen arbeiten, Studien fördern, Koalitionen bilden, technische Machbarkeit definieren und den Zeithorizont politischer Entscheidungen prägen. In hochkomplexen Feldern wie künstlicher Intelligenz, Datenschutz, Plattformaufsicht oder Cybersicherheit ist Expertise selbst das Machtmittel.

Ein zweiter europäischer Kanal ist die Finanzierung von Parteien und parteinahen Stiftungen. Die einschlägigen EU-Tabellen für 2024 und 2025 dokumentieren Spenden von Unternehmen wie AT&T, Google, Apple, Microsoft, Airbnb und Qualcomm an europäische Parteien oder politische Stiftungen, darunter die ALDE Party, die European Conservatives and Reformists Party, das European Liberal Forum und das Wilfried Martens Centre.[14] Diese Zahlungen sind rechtlich gerahmt und veröffentlicht. Ihre Bedeutung liegt weniger in einzelnen Beträgen als in der seriellen Beziehungspflege: Unternehmen erscheinen nicht

nur als Marktakteure, sondern als regelmäßige Gesprächspartner parteinaher Wissensräume.

Auch das europäische Ethikregime bleibt ambivalent. Es enthält zwar Regeln, Prüfungen und Transparenzpflichten, aber nicht immer zeitnahe Sichtbarkeit. Transparency International EU bewertet Revolving-Door-Regeln (Regeln gegen den „Drehtüreffekt“) als weitgehend wirkungsschwach; die Kommission verweist in einem Ombudsvorgang zu Wechseln aus der Generaldirektion Wettbewerb auf die bestehende Rechtslage und die Veröffentlichung im jährlichen Bericht.[15] Die Bürgerbeauftragte fordert mehr Öffentlichkeit bei negativen Ethik-Stellungnahmen und zurückgezogenen Mitteilungen.[16] Der europäische Befund lautet daher: Formalisierung schafft Kontrolle, aber sie ersetzt keine Machtbalance.

## **Deutschland als Prüfstein**

Deutschland zeigt, wie anschlussfähig die schleichende Übernahme der Macht ist und sich von innen im administrativen Alltag vollzieht. Das Lobbyregister macht sichtbar, wie ein globales Technologieunternehmen politische Präsenz organisiert. Der Eintrag der Google Germany GmbH weist für 2024 jährliche Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung von rund 1,19 bis 1,2 Millionen Euro, 2,55 Vollzeitäquivalente und neun unmittelbar tätige Interessenvertreter aus. Unter ihnen findet sich der frühere Büroleiter eines Bundestagsmitglieds Moritz Gutbier[17]. Die registrierten Themen reichen von Datenschutz, Cybersicherheit, Digitalisierung und Internetpolitik bis zu Wettbewerbsrecht, Medien, Verbraucherfragen, Bildung und Forschung.[18]

Bemerkenswert ist weniger eine einzelne Position als die Breite der Andockpunkte. Im Register erscheinen Mitgliedschaften in Digital- und Wirtschaftsverbänden, in transatlantischen Foren wie die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany)[19], Atlantik-Brücke und German Marshall Fund sowie in parteinahen Wirtschaftskreisen wie Wirtschaftsforum der SPD, Wirtschaftsrat der CDU und der Wirtschaftsvereinigung der Grünen.[20] Nähe zu politischen Lagern entsteht hier nicht als exklusive Bindung an ein Lager, sondern als gestreute Anschlussfähigkeit in mehreren Milieus. Wer in vielen Räumen spricht, muss selten laut sprechen.

Das Register zeigt auch, wie Regulierung konkret wird. Google benennt Regelungsvorhaben, etwa zur Umsetzung der Network and Information Security (NIS)-2-Richtlinie[21], und wirbt dort für pragmatische Audit- und Reportingpflichten sowie gebündelte Zuständigkeiten. Das ist vordergründig erstmal legitime Interessenvertretung. Zugleich illustriert es aber auch den Kern politischer Strukturmacht: Unternehmen greifen

nicht erst ein, wenn ein Gesetz fertig ist, sondern begleiten die Auslegung von Pflichten, Zuständigkeiten, Standards und Berichtslasten. Genau dort entscheidet sich, ob Regulierung scharf, praktikabel, durchsetzbar oder verwässert wird.

### **Vom Skandal zur Infrastruktur**

Die innere Bewegung lässt sich knapp fassen: Geld schafft Reichweite. Reichweite generiert Netzwerke. Netzwerke bilden Personal im Interesse von Machteliten aus und definieren Begriffe. Das so geimpfte Personal öffnet institutionelle Türen. Wirksame Regulierung wird zur Farce und ökonomische und technologische Macht wird in dauerhafte Regeln übersetzt, die einen demokratischen Willensbildungsprozess längst ad absurdum geführt haben.

Der US-Fall erscheint uns heute noch als Verdichtungsraum einer enthemmten Macht-„Elite“, weil Wahlkampffinanzierung, Think-Tank-Architekturen, religiöse Mobilisierung und Regelumbau besonders eng ineinandergreifen. Aber in Europa als Übersetzungsraum wirken bereits dieselben Mechanismen und nur, weil sie stärker verrechtlicht und sichtbarer auftreten, sind sie nicht weniger gefährlich. In Deutschland ist gut sichtbar, wie globale Interessen der Tech-„Eliten“ in das normale Arbeiten von Parlament, Ministerien, Verbänden und Parteiennähe einsickern.

Das zentrale Problem ist daher nicht der einzelne Lobbyakt. Demokratien brauchen Interessenvertretung, Expertise und Rückkopplung aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Problematisch wird es, wenn bestimmte Interessen eine dauerhafte Infrastruktur des Zugangs ausbilden können, während andere Interessen auf punktuelle Sichtbarkeit angewiesen bleiben und so de facto wirkungslos bleiben. Dann verschiebt sich Politik nicht durch den offenen Bruch der Verfahren, sondern durch ihre ungleiche Präsenz.

### **Kommentar: Wie demokratische Willensbildungsprozesse ausgehöhlt werden**

Aus Techno-Feudalismus-kritischer Perspektive liegt der zentrale Punkt in der Kopplung von Eigentum, Daten und Zugang. Wer Kommunikationsräume, Informationsflüsse und regulatorische Expertise zugleich kontrolliert oder auch nur überproportional stark prägt, verfügt über mehr als Marktmacht. Er gewinnt die Fähigkeit zur Herrschaft: Allein als übermächtiger Akteur die Macht zu besitzen, Probleme zu definieren, Dringlichkeit zu erzeugen, technische Grenzen zu setzen und Regeloptionen plausibel oder unplausibel erscheinen zu lassen, hat totalitäre Züge.

Demokratische Selbstbestimmung wird so unmerklich ausgeschaltet. Der Verlust an sozialer Teilhabe wird uns erst bewusst, wenn schwächer organisierte Gruppen merken, dass sie nur

reagieren können, während finanz- und datenstarke Akteure Verfahren über Jahre nicht nur begleiten, sondern aktiv steuern. Informationelle Autonomie ist schon jetzt eine Illusion, weil politische Kommunikation selbst über Plattformen, Datenmärkte und Zielgruppenlogiken vermittelt wird. Ökologische Lebensgrundlagen und Gemeinwohlorientierung kommen im Wertekanon der Tech-„Eliten“ nur als PR-Maßnahme vor und werden dem Interesse an Skalierung und Deregulierung geopfert.

Eine wahrhaft demokratische Gesellschaft muss alle Anstrengung unternehmen, um sich die Fähigkeit zur Regulierung als öffentlichem Aushandlungsraum zu erhalten – oder sie wird zum Spielball jener Kräfte, die Geld, Daten, Personal und institutionelle Macht auf ihrer Seite haben.

Titelbild: slexp880 / Shutterstock.com

### **Mehr zum Thema:**

[Das ist nicht kontrovers, das ist gemeingefährlich: Der Konzern Palantir demaskiert sich mit seinem „Manifest“ selbst](#)

---

[«1] [Julie E. Cohen](#) – Law for the Platform Economy – Cohen beschreibt Plattformen als Organisationsform der Informationsökonomie, van Dijck/Poell/de Waal die gesellschaftliche Wirkung von Plattformmechanismen.

[«2] [Public Citizen](#), *Big Tech, Big Cash: Washington's New Power Players*, zu Lobbying, Wahlkampfbeiträgen, Lobbyistenzahl und Zuwendungen an einschlägige Kongressmitglieder.

[«3] [Helen Flannery](#) Institute for Policy Studies; University of Vermont & [Brian Mittendorf](#) Ohio State University (OSU) – Fisher College of Business

[«4] [Helen Flannery/Brian Mittendorf](#), *Are Donor-Advised Funds Facilitating Opaque Giving to Politically Engaged Charities?*

[«5] [Nancy MacLean](#), *Democracy in Chains*, Projektauswertung in den geladenen

Dokumenten.

[«6] [American Legislative Exchange Council \(ALEC\)](#)

[«7] [Center for Media and Democracy](#), *Exposed: The State Policy Network*.

[«8] [PRRI](#), *Mapping Christian Nationalism Across the 50 States*, insbesondere zu Adherents/Sympathizers, religiösen Gruppen, Parteibindung, Autoritarismus und politischer Gewalt.

[«9] [Fernando Mora-Ciangherotti](#), *The Widening, Deepening, and Lengthening of the Seven Mountains Mandate Network*.

[«10] [Common Cause](#) wurde 1970 als überparteiliche Organisation gegründet, die sich für eine funktionierende Demokratie einsetzt.

[«11] [Common Cause Texas](#), *ALEC-Tioneering: Unmasking Money & Influence in Texas Politics*.

[«12] [Transparency International EU](#) ist Teil des weltweiten Netzwerks **Transparency International**, das in über 100 Ländern tätig ist.

[«13] [Transparency International EU](#), *Deep Pockets, Open Doors: Big Tech Lobbying in Brussels*.

[«14] Authority for European Political Parties and European Political Foundations, Veröffentlichungen zu Spenden an europäische Parteien und Stiftungen 2024/2025. [Parties Donations](#) 2025, [Foundations Donations](#) 2025, [Parties Contributions and Donations](#) 2024, [Foundations Contributions and Donations](#) 2024

[«15] Europäische Kommission, Antwort zu SI/5/2024/KR, über die Europäische Bürgerbeauftragte ([Die Kommissionsantwort](#) ist über die Dokumenteninfrastruktur der Europäischen Bürgerbeauftragten veröffentlicht.)

[«16] Europäische Bürgerbeauftragte, *Closing note on the European Commission's ethics rules for outgoing commissioners and post-mandate employment (SI/1/2024/KR)*

[«17] [Moritz Gutbier](#) – Tätigkeit bis 11/25: Büroleiter für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

[«18] [Deutscher Bundestag](#), Lobbyregister-Eintrag Google Germany GmbH, R001794, Angaben zu Aufwendungen, Vollzeitäquivalenten, Interessenvertretern und früherer Bundestagstätigkeit.

[«19] [AmCham Germany](#) ist eine Lobby- und Netzwerkorganisation, die vor allem die Interessen von US-Unternehmen und transatlantischem Handel in Deutschland vertritt.

[«20] [Deutscher Bundestag](#), Lobbyregister-Eintrag Google Germany GmbH, R001794, Mitgliedschaften und Interessenbereiche.

[«21] [NIS-2](#) steht für Network and Information Security (Version 2) und ist eine EU-Richtlinie